

Wahlprüfsteine des Gartenbaus zur Landtagswahl in Thüringen 2019

Der Gartenbau im Freistaat Thüringen erlebt seit der politischen Wende einen tiefgreifenden Umbruch und steht vor unverändert großen Herausforderungen. Die Globalisierung der Handelsströme, klimatische Veränderungen, schwierige gesetzgeberische Rahmenbedingungen sowie der Fachkräftemangel sind unmittelbar spürbare Herausforderungen in den gärtnerischen Unternehmen. Dennoch steht der Gartenbau für eine große und von der Bevölkerung geschätzte Produktvielfalt, gesundes Obst und Gemüse und nicht zuletzt für Wertschöpfung vor allem in den ländlichen Regionen Thüringens.

Die bestehenden und kommenden Herausforderungen können nur gemeinsam mit der Politik gemeistert werden und bedürfen eines großen Engagements auf allen Ebenen.

1. RAHMENBEDINGUNGEN WIRKSAM VERÄNDERN

Der Handlungsdruck in den Unternehmen ist nach wie vor sehr hoch. Besonders die klimatischen Veränderungen (Spätfrostgefahr, zunehmende Hagelneigung, Starkregen, Hitze, Trockenheit und neue Schaderreger) bedingen Veränderungen in den Produktionsverfahren sowie einen verbesserten Schutz der Freilandkulturen durch Hagelschutznetze, Frostschutzsysteme, Folienabdeckungen bzw. Investitionen in die Beregnung.

Arbeit und Energie stellen die größten Kostenfaktoren für die überwiegende Zahl der Gartenbauunternehmen dar und sind entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit. So beträgt die Mindestlohndifferenz zwischen Polen und Deutschland aktuell 6,14 EUR pro geleistete Arbeitsstunde. Darüber hinaus hat Deutschland im europäischen Vergleich schon jetzt die höchsten Strompreise.

- Wie positionieren Sie sich zur oben aufgezeigten Kostenentwicklung und wie schätzen Sie die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit unter diesen Umständen ein?

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Agrarbranche wurde auch durch eine jahrelange verfehlte Politik von Kostensteigerungen, ideologisch motivierten Gesetzen und Auflagen sowie einer fehlgeleiteten Umwelt- und Naturschutzpolitik de facto weitgehend ruiniert. Die so genannte Energiewende mit ihren horrenden Kosten tut ein Übriges, um die Wettbewerbsfähigkeit noch weiter zu senken. Um dies aufzuhalten und den Gartenbau zu entlasten, wollen wir durch eine unideologische und auf Versorgungssicherheit zielende Energiepolitik, namentlich durch die Abschaffung der EEG-Umlage die Stromkosten erheblich senken. Weiterhin möchten wir die Bürokratie im Bereich des Gartenbaus reduzieren und so Verwaltungskosten für die Branche herabsetzen. Gesetzlicher Mindestlohn und Soziale Marktwirtschaft widersprechen sich nicht zwingend. Der gesetzliche Mindestlohn korrigiert im Bereich der Entlohnung die schwache Lohnverhandlungsposition der Niedriglohneempfänger. Darüber hinaus garantiert er als verbindliche Lohnuntergrenze den Wert menschlicher Arbeit und gewährleistet eine Existenz jenseits der Armutsgrenze. Die AfD Thüringen ist sich jedoch bewusst, dass der Mindestlohn dauerhaft keine Lösung für sozialpolitische Probleme sein kann. Entscheidend ist eine langfristig gute Lohnentwicklung, um dadurch den Mindestlohn überflüssig zu machen.

- Welches Modell bzw. welche Schwerpunkte streben Sie für die Agrarförderung an?

Dass Thüringen seinen Status als Ziel 1-Gebiet verliert, liegt auch an Versäumnissen der Bundes- und der Landesregierung. Deutschland zahlt ca. 10 Milliarden Euro mehr in den EU-Haushalt ein, als es an Agrargeldern zurückbekommt. Wir fordern deshalb ein Ende der aktuell praktizierten EU-Agrarpolitik. Statt der immer weiter ausufernden „Subventionitis“ sollte wo immer möglich eine Rückführung der Agrarpolitik in deutsche Zuständigkeiten erfolgen. Damit würde auch wieder eine demokratische Legitimierung der Agrarpolitik einhergehen. Gegenwärtig verhindert die Intransparenz der Brüsseler Politik von Kommission, Rat und EU-Parlament jede nationale demokratische Kontrolle und Teilhabe. Dies käme auch den Mitbestimmungsmöglichkeiten der Thüringer Landwirte zugute und würde dafür sorgen, dass die dann nationalen Fördermittel an der richtigen Stelle ankommen würde. Damit kein „Förderloch“ entsteht, wollen wir im Landeshaushalt andere, rein ideologische Haushaltsposten streichen bzw. umschichten.

- Welche Lösungsansätze sehen Sie, um die Auswirkungen der erhöhten Witterungsrisiken für die gartenbaulichen Unternehmen abzufedern? Werden Sie sich für ein Instrument zur Risikoabsicherung einsetzen? Wenn ja, welches?

Grundsätzlich sind Gartenbaubetriebe Unternehmen, die sich aus eigener Kraft am Markt behaupten müssen und ein unternehmerisches Risiko tragen. Gleichzeitig produzieren sie aber auch Nahrungsmittel als unentbehrliche Lebensgrundlage. So sind sie auch ein Teil der nationalen Daseinsvorsorge. Wir brauchen daher die Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage. Damit wären die Landwirte gegen witterungsbedingte Risiken gewappnet und könnten Liquiditätsengpässe ausgleichen. Landwirtschaftliche Betriebe werden zunehmend auch bei den Verbrauchern als landwirtschaftliche Unternehmen wahrgenommen. Als Unternehmer sollten Landwirte in die Lage versetzt werden, Mindereinnahmen aufgrund von witterungsbedingten Ernteausfällen selbst ausgleichen zu können. Darüber hinaus sollten zinsgünstige Darlehen den Ausgleich von Ernteausfällen erleichtern.

- Wie ist Ihr Standpunkt zur möglichen Einführung einer CO₂- Steuer? Werden Sie Ausnahmeregelungen für Gartenbaubetriebe unterstützen? Wie berücksichtigen Sie die Leistung der Gärtner, welche durch die Produktion von Pflanzen und der damit verbundenen O₂- Abgabe darzustellen ist?

Die Einführung einer CO₂- Steuer lehnen wir ab. Daher sind unserer Sicht Ausnahmeregelungen für Gartenbaubetriebe auch nicht notwendig. Sollte jedoch tatsächlich eine CO₂- Steuer eingeführt werden, würden wir für großzügige Ausnahmeregelungen für Gartenbaubetriebe plädieren. Schließlich binden ihren Produkten CO₂.

2. WERTSCHÖPFUNG UND STELLENWERT GÄRTNERISCHER ERZEUGNISSE

Die gärtnerischen Erzeugnisse und Dienstleistungen haben per se ein positives Image, werden intensiv nachgefragt und genießen ein großes Verbrauchervertrauen. Dies spiegelt sich allerdings nicht in der Preisbildung wider und die Verbraucherpräferenz für regional erzeugte Produkte ist insgesamt noch ausbaufähig. Die klimatischen Veränderungen bedingen, dass auch die Städte eine verstärkte Grünpolitik fahren müssen, um die Belastungen durch Feinstaub, Temperaturerhöhung und Niederschlagsdefizite gering zu halten. Privates und öffentliches Grün (einschließlich Friedhöfe) stellen dafür eine wichtige Ressource dar. Ungeachtet dessen stehen die Ernährung und die Herstellungsverfahren im Fokus des öffentlichen Interesses und sind Gegenstand gesellschaftlicher Debatten. Hierzu registriert der Berufsstand ein abnehmendes Verständnis für Produktionsprozesse und Kulturschutzmaßnahmen einschl. Pflanzenschutz. Alles zusammen genommen ergibt das Image des Gartenbaus.

- Welchen Stellenwert räumen Sie dem Gartenbau ein? Können Sie sich vorstellen, den Gartenbau mit einer umfassenden Imagekampagne zu unterstützen?

Gartenbauerzeugnisse aus Thüringen haben weit über Thüringen hinaus einen ausgezeichneten Ruf. Die AfD steht zu einer ausgewogenen Mischung aus preiswerter und qualitativ hochwertiger Produktion. Wir wollen den Wert und das Ansehen von qualitativ hochwertigen Erzeugnissen aus der Thüringer Produktion auch im Marketing unterstützen, weshalb wir einer entsprechenden Imagekampagne wohlwollend gegenüberstehen.

- Welche Wege sehen Sie, den Absatz regionaler Produkte des Gartenbaus zu erhöhen und die Wertschöpfung zu verbessern?

Ein anderer möglicher Weg, den Absatz regionaler Produkte des Gartenbaus zu erhöhen und die Wertschöpfung zu verbessern, wären beispielsweise die Aufhebung der Russlandsanktionen sowie die verstärkte Nutzung regionaler Produkte in behördlichen Kantinen.

- Werden Sie sich für eine Verstetigung von Gartenschauen einsetzen?

Die deutschen Gartenschauen sind bereits ein fester und langjähriger Bestandteil der Veranstaltungskultur in Deutschland.

- Wo sehen sie Ansatzpunkte und konkrete Maßnahmen, um die biologische Vielfalt in Städten und Dörfern zu erhöhen?

Die für angeblich „grüne“ Bioenergie angebauten Mais- und Raps-Monokulturen haben nachweislich negative Folgen für die Biodiversität. Uns ist wichtig, die Grünlandbewirtschaftung mit ihrer Biodiversität zu stärken. Sie stellt den Kern einer gesunden Kulturlandschaft dar. Deshalb wollen wir die Förderung der Grünlandbewirtschaftung und der dafür notwendigen Tierhaltung voranbringen. Zusätzliche Ansatzpunkte und konkrete Maßnahmen, um die biologische Vielfalt in Städten und Dörfern zu erhalten bzw. zu erhöhen, sind die Dach- und Fassadenbegrünung privater und öffentlicher Gebäude und die Begrünung von Brachflächen in Städten sowie der Ausbau von Wasserläufen und Wasserflächen in Dörfern und Städten.

3. INNOVATION ALS BRANCHENMOTOR

Für die Bewältigung der unternehmerischen Herausforderungen sind Innovationen ein wichtiger Motor; das Land Thüringen ist dahingehend durch eine gute Dichte wissenschaftlicher, für den Gartenbau relevanter Einrichtungen gekennzeichnet. Innovationen sind aber nicht nur eine Frage der Technik, sondern der Menschen, des generellen Innovationsklimas oder auch des interdisziplinären Zusammenwirkens. Essenziell sind dafür die Hochschulausbildung und die Verbindung mit der Praxis.

- Welchen Beitrag des Landes sehen Sie zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des gärtnerischen Sektors? Wo sehen Sie Grundlagenforschung, wo das angewandte Versuchswesen und wo den organisierten Wissenstransfer in den nächsten 5 bis 10 Jahren?

Wir wollen, dass das angewandte Versuchswesen und die Grundlagenforschung noch besser befähigt werden, die Folgen des Klimawandels in Thüringen in den Griff zu bekommen. Dies kann unter anderem durch die Unterstützung von Investitionen in Bewässerungsanlagen (z. B. im Rahmen der Westringkaskade) und durch die gezielte Züchtung und Vermehrung klimaangepasster Gartenbausorten geschehen. Weiterhin wollen wir den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des gärtnerischen Sektors durch die gezielte Förderung der Digitalisierung im Gartenbaubereich unterstützen.

- Können Sie sich vorstellen eine Nachhaltigkeitsstrategie für den Gartenbau unter Berücksichtigung der Kreislaufwirtschaft, der Energienutzung und ökologischer Anbauverfahren zu initiieren?

Ja.

- Digitalisierung erfordert eine angepasste Infrastruktur; Unternehmen sind dazu auf ein hochleistungsfähiges Internet angewiesen. Welches Ziel verfolgt Ihre Partei, um die Voraussetzungen für E – Shops und digitale Produktionssteuerung in gärtnerischen Unternehmen im ländlichen Raum zu schaffen?

Die Versorgung mit einer modernen Breitbandtechnik befindet sich bundesweit auf dem Niveau eines Entwicklungslandes. In Thüringen hinkt der Breitbandausbau besonders hinterher. Ein landesweites und lückenloses Hochgeschwindigkeitsinternet stellt aber eine unumgängliche Voraussetzung für wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit dar. Besonders in ländlichen Regionen mangelt es häufig an einer guten digitalen Infrastruktur. Die Errichtung einer leistungsfähigen Internetversorgung in ländlichen Regionen ist eine wesentliche Voraussetzung, um auch außerhalb von Ballungszentren wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Der Aufbau von Hochleistungsnetzen geht viel zu langsam voran. Wir setzen uns dafür ein, dass Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden, um ein landesweites und lückenloses Hochgeschwindigkeitsinternet voranzutreiben. Es sind zudem Synergien zu entwickeln, um die Kosten zu stemmen. Überall dort, wo sich der Ausbau von Glasfasernetzen nicht lohnt, müssen Alternativen Anwendung finden. Beispielsweise in landeseigenen Netzen oder in Form von Masten.

4. ARBEITSMARKTSTRUKTUREN VERBESSERN – UNTERNEHMERTUM FÖRDERN

Der demografische Wandel besonders in den ostdeutschen Ländern entwickelt sich zu einem zunehmenden Bremsklotz für die arbeitsintensiven Gartenbauunternehmen. Neue Ansprüche der Beschäftigten zur Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen stellen die gärtnerischen Unternehmen aufgrund der engen Bindung an den Saisonverlauf vor zunehmende organisatorische Herausforderungen. Der Gartenbau weist darüber hinaus innerhalb der Grünen Branche hohe Ausbildungsbedarfe auf. Demgegenüber sind Berufsorientierung, schulische Vorbildung und Sozialkompetenz für viele Unternehmen unzureichend.

- Welche Ansatzpunkte werden von ihrer Partei gesehen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Ausbildungsbereitschaft zu erhöhen?

Die Arbeitsmarktstatistiken für Thüringen verzeichnen gegenwärtig einen Fachkräftemangel in verschiedenen Berufsgruppen, der perspektivisch weiter zunehmen wird. Insbesondere Sozial- und Gesundheitsberufe und die Landwirtschaft sind in erheblichem Ausmaß von dem Fachkräftemangel betroffen. Vor diesem Hintergrund kommt der Nachwuchsgewinnung eine besondere Bedeutung zu, die allerdings durch monetäre Hürden erschwert wird. Für die AfD ist wichtig, dass wir unseren Fachkräftenachwuchs aus eigener Kraft großziehen und ihm starke Wurzeln in unserer Region geben. Aufgrund des nach wie vor zu niedrigen Lohnniveaus in Thüringen und einer zu hohen Steuer- und Abgabenlast werden qualifizierte Fachkräfte zudem eher abgeschreckt, machen einen Bogen um den Freistaat und wandern stattdessen in attraktivere Volkswirtschaften. Die AfD setzt daher auf die Nachqualifizierung der in Deutschland lebenden rund zwei Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren, die über keinen Berufsabschluss verfügen. Zudem kann eine effektive Digitalisierung zur Entspannung der Nachfrage nach Arbeitskräften führen. Durch eine Innovations- und Bildungsinitiative in Thüringen wollen wir die Nachwuchsförderung intensivieren. Langfristig werden wir durch eine kinderfreundliche Familienpolitik dazu beitragen, dass genügend eigene, gut qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen.

- Wie soll Ihrer Meinung nach Berufsorientierung und Vorbereitung auf das Arbeitsleben zukünftig gewährleistet werden?

Bildung und Erziehung sind die unentbehrlichen Grundlagen für die Entfaltung einer individuellen Persönlichkeit und die Bedingung für ein freies und selbstbestimmtes individuelles Leben. Sie sind auch entscheidend für die Leistungs- und Innovationsfähigkeit und tragen dadurch zum wirtschaftlichen Wohlstand eines Landes bei. Die Altparteien versagen seit Langem auf dem zentralen Feld der Bildungspolitik. Damit gefährden sie Deutschlands und Thüringens Zukunft. Unsere Bildungssubstanz ist stark angegriffen. Unternehmer und Hochschullehrer klagen über die mangelnde Ausbildungs- und Studierfähigkeit der Schulabsolventen. Eltern spüren instinktiv, dass die Beschulung ihrer Kinder hinter der eigenen zurückbleibt. Für die Schüler selbst wird die persönliche Bildungsbiographie immer öfter zur Frustrations- und sogar zur Leidensbiographie. Dabei korrespondiert mit der Schulpflicht ein Recht auf Bildung, das die Landesregierung zu gewährleisten und durchzusetzen hat. Diese von immer mehr Menschen auch in Thüringen erlebte Mangellage hat mehrere Ursachen, die letztlich dazu führen, dass die Schulen und Lehrer gezwungen werden, permanent bewährte Methoden über Bord zu werfen. Sie müssen immer mehr erziehen, immer mehr integrieren, mittlerweile auch immer mehr „inkludieren“. So kommen sie immer später zu ihrem eigentlichen Kerngeschäft, nämlich der Vermittlung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und übertragbaren Einsichten – also von Bildungswissen. Als Reaktion auf die immer weiter sinkenden Schülerzahlen an den berufsbildenden Schulen hat die rot-rot-grüne Thüringer Landesregierung beschlossen, das Berufsschulnetz deutlich zu verändern (nämlich auszudünnen). In der Folge der geplanten Umstrukturierungen wird die Berufsausbildung weiter an Attraktivität verlieren, beispielsweise durch längere Wege zu den Berufsschulen. Wir stellen uns dieser Entwicklung entgegen und wollen das bewährte Berufsschulnetz erhalten. Gleichzeitig werden wir mithilfe eines umfangreichen Maßnahmenkataloges darauf hinwirken, dass mehr junge Menschen den Weg in die (duale) Berufsausbildung beschreiten. Beispielsweise durch die Möglichkeit der kostenlosen Meisterausbildung, durch längere betriebliche Praktika oder den verstärkten Einsatz von berufserfahrenen Quereinsteigern in der Lehrerschaft.

- Welche Hebel sehen sie für ein nachhaltiges Gründungsklima sowohl gesamtgesellschaftlich als auch auf den gärtnerischen Sektor bezogen?

- In den kommenden Jahren werden altersbedingt zahlreiche Unternehmer ausscheiden, ohne dass eine Nachfolge gesichert ist. Welche Möglichkeiten sehen sie, vorhandene wettbewerbsfähige Unternehmensstrukturen auch im Rahmen des Generationswechsels in Thüringen zu sichern?

Wir wollen vor allem jungen Menschen wieder Lust auf das Unternehmertum machen. Der AfD Thüringen geht es um eine Willkommenskultur für Unternehmer und Gründer. Daher wollen wir Unternehmensgründungen und -erweiterungen im größtmöglichen Umfang fördern, unter anderem durch die Bereitstellung günstigen Risikokapitals über einen neu zu gründenden Thüringer Staatsfonds. Diese Mittel sollen auch für Erweiterungs- und Modernisierungsinvestitionen bestehender

Unternehmen zur Verfügung stehen. Die AfD will Gründerzentren ausbauen und neue Schulungs- und Beratungsangebote in Kooperation mit Unternehmensberatern, Hochschulen und Anbietern von Fernstudiengängen bereitstellen. Dadurch soll die Gründung von Unternehmen erleichtert und gefördert werden. Wir werden Jungunternehmern in hierfür geeigneten Regionen Freiräume schaffen und so dazu beitragen, dass sich eine vitale Start-up-Szene etablieren kann. Der Mut einer Unternehmensgründung verdient eine besondere Absicherung. Wir werden daher einen Auffangfonds für insolvente Gründer einrichten. Nicht zuletzt gilt: Wenn eine Unternehmensgründung Erfolg hat, darf sie nicht durch Bürokratie und Steuern bestraft werden.

5. VERWALTUNGSHANDELN BESTIMMT DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

In nahezu allen Bereichen sind in den letzten Jahren zusätzliche Dokumentations- und Informationspflichten entstanden. Besonders die überwiegend klein- und mittelständischen Unternehmen des Gartenbaus werden durch diese Pflichten als auch durch eine zunehmende Zahl von Auskunftersuchen belastet. Zugleich schreitet die Digitalisierung einschließlich vieler Chancen und gleichzeitig Herausforderungen immer weiter voran. Zugleich werden investive Vorhaben gärtnerischer Unternehmen durch zahlreiche Auflagen verteuert und durch verzögerte Genehmigungen erschwert.

- Durch welche Maßnahmen wollen sie sicherstellen, dass im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung das Verwaltungshandeln vereinfacht und der Zugang für die Unternehmen im ländlichen Raum gesichert wird?

- Wie stellen sie sich eine Vereinfachung, der für den Gartenbau relevanten Genehmigungsverfahren (Baurecht für Gewächshäuser, Wasserentnahmerecht), zukünftig vor?

- Welche Strategie sehen sie im länderübergreifenden Verwaltungshandeln, bspw. bei der Zusammenarbeit der Pflanzenschutzdienste oder der bislang im Rahmen des Staatsvertrages mit Berlin getroffenen Verwaltungsvereinbarung?

Zur Verbesserung der Marktchancen von Thüringer Unternehmen will die AfD ideologisch motivierte Kostenbelastungen beenden. Dazu gehören gesetzliche und behördliche Zwänge, die mit letztlich wirkungslosen „Klimaschutzmaßnahmen“ begründet werden oder vollkommen unsinnige Dokumentations- und Informationspflichten. Wirtschaftliche Belastungen der Thüringer Unternehmen auf der Basis eines Thüringer Klimaschutzgesetzes lehnen wir ab. Außerdem müssen Unternehmer und Verbraucher von den Kosten der fehlgeschlagenen Energiewende entlastet werden. Wichtig ist uns darüber hinaus der Kampf gegen Bürokratie, ideologische Zwänge und Überregulierung, an deren Einführung die Altparteien oft federführend nicht nur auf nationaler, sondern auch auf EU-Ebene beteiligt sind: Massive Vereinfachungen und Erleichterungen fordern wir beispielsweise im Zusammenhang mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), beim Thüringer Vergaberecht und beim ausufernden Zertifizierungsunwesen. Wir werden hierzu alle landespolitisch möglichen Maßnahmen umsetzen, die unseren Unternehmen Entlastung verschaffen. Firmen benötigen Planungssicherheit. Anträge an Behörden müssen zügig innerhalb festgelegter Fristen bearbeitet werden. Zudem muss es die Aufgabe der Behörden sein, Unternehmer und Gründer zu beraten und nicht beispielsweise nach „K.O.-Kriterien“ für die Ablehnung von Fördermitteln zu suchen. EU-Regelungen, die wie die DSGVO kleine und mittlere Unternehmen besonders belasten, müssen einfach anwendbar gemacht oder ganz aufgehoben werden. In diesem Sinne muss Thüringen im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung seinen Einfluss geltend machen. Unternehmen sind von Bürokratie und unsinnigen Mehrbelastungen zu befreien damit sie sich auf das Kerngeschäft konzentrieren können.

- Können Sie eine höhere Belastung der Gartenbaubetriebe durch die Umsetzung der Grundsteuerreform ausschließen?

Die AfD ist für die Abschaffung der Grundsteuer.